

Transparenz muss wirken

Im Juni 2010 startet das deutsche Chapter von Transparency International (TI) eine Initiative für mehr Transparenz bei gemeinnützigen Organisationen. Die Korruptionsbekämpfer von TI Deutschland wollen, dass die Öffentlichkeit mehr über Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel und die darüber entscheidenden Personen in den Organen von Vereinen und Stiftungen erfährt.

Die Transparenzinitiative ist ein richtiges und wichtiges Signal. Zum Einen wegen des durchaus sinnvollen Katalogs der zu veröffentlichenden Informationen, zum Anderen aufgrund der Reputation der beteiligten Organisationen. Nicht zuletzt ist es auch ein Signal, dass zumindest in Teilen der organisierten Zivilgesellschaft Handlungsbedarf in Sachen Transparenz gesehen wird. Bedauerlich, dass die Bundesregierung hier keinen Regelungsbedarf sehen will, wie sie diesen Monat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Opposition zu Spenden an gemeinnützige Organisationen mitteilte (Drucksache 17/1712). Das sollte sie aber, denn die Zivilgesellschaft ist auf gesicherte rechtliche Rahmenbedingungen, die sie selbst nicht schaffen kann, angewiesen.

Die Achillesverse der Transparenzinitiative ist ihre Freiwilligkeit. Freiwilligkeit klingt zwar gut, gerade im Bereich gemeinnützigen Engagements, führt aber dazu, dass jeder das veröffentlichen kann, was gerade genehm ist. Unzureichende Rechnungslegungsstandards und fehlende Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten machen das leicht. Auch wer lieber auf Anreize statt Sanktionen setzt, kommt hier letztlich mit Freiwilligkeit nicht weiter. Anreize basieren auf einer relevanten Gegenleistung wie zum Beispiel einer Zertifizierung, die sich positiv auf die Höhe der Spendeneinnahmen auswirkt, oder auf dem Vermeiden von Nachteilen, wie etwa dem Ausschluss von öffentlichen Zuwendungen bei fehlender Transparenz. Solche Anreize kann die Transparenzinitiative nicht bieten. Mehr Transparenz im gemeinnützigen Bereich soll zu mehr Qualität führen. Auf diesem Weg setzt die Transparenzinitiative ein wichtiges Signal. Wirkung kann sie ohne gesetzliche Transparenzpflicht nicht erzielen.

Abdruck frei unter Quellenangabe:
Online-Nachrichtendienst Bürgergesellschaft „Aktive Bürgerschaft aktuell“,
Ausgabe 101 – Mai 2010 vom 31.05.2010; www.aktive-buergerschaft.de
Belegexemplar erbeten an: nachrichtendienst@aktive-buergerschaft.de



Kommentar:
Dr. Stefan Nährlich für
„Aktive Bürgerschaft aktuell“
Ausgabe 101 – Mai 2010
vom 31.05.2010

Stefan Nährlich ist Wirtschaftswissenschaftler und Geschäftsführer von Aktive Bürgerschaft, dem Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken Raiffeisenbanken. Er lehrt an der Universität Münster im Studiengang „Nonprofit Management und Governance“ und ist Mitglied des Beirates von Glocalist Medien – Zeitschrift für Wirtschaftsethik.

Für den Online-Nachrichtendienst Bürgergesellschaft „Aktive Bürgerschaft aktuell“ kommentieren im Jahr 2010 Holger Backhaus-Maul, Prof. Dr. Gisela Jakob, Dr. Stefan Nährlich und PD Dr. Rudolf Speth Hintergründe und Zusammenhänge aktueller Entwicklungen der Bürgergesellschaft.

„Aktive Bürgerschaft aktuell“
erscheint 11 x im Jahr.
Abo unter: www.aktive-buergerschaft.de/nachrichtendienst